

Reichstag.

4. Sitzung, Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Desbrück, Wermuth, Visco.
Vizepräsident Scheibemann eröffnet die Sitzung und teilt zunächst das Ergebnis der in der vorigen Sitzung vollzogenen Schriftführerwahl mit.

Weiter teilt der Vizepräsident mit, daß Abg. Frhr. v. Herling infolge seiner Ernennung zum bayrischen Ministerpräsidenten sein Mandat niedergelegt habe, und fährt dann fort:

Dieser Antrag wird fast einstimmig angenommen.
Auf Vorschlag des Vizepräsidenten findet die nächste Sitzung statt Mittwoch 2 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, Scheuninger Antrag Albrecht (Soz.) wegen Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Ebert, Pfister (Sachsen) und Feuerstein, Interpellation Wassermann (nat.-lib.) betreffend die Verhandlungen der Brüsseler Zuckerkonferenz, Interpellationen Alblay (Sp.) und Albrecht (Soz.) wegen Aufhebung des Zolls auf Buttergerste und Mais und Suspension resp. Aufhebung des Kartellzolls, Erste Beratung des Etats.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

44. Sitzung vom 13. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr.

Am Regierungstisch: Bittthum.
Nach Erledigung einiger Reichsanwaltschaftsachen wird in die allgemeine Vorbereitung über den

Gesetzentwurf betr. die Anstaltsfürsorge an Geisteskranken eingetreten.

Minister des Innern Graf Bittthum begründet die Vorlage. Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte sich die staatliche Fürsorge nur auf Geistesranke zu erstrecken, die den Mitmenschen gefährlich wurden. Erst als die Psychiatrie weitere Fortschritte machte und die Geisteskranken nicht mehr als Verbrecher ansah, sondern als arme bedauernswerte Menschen, trat neben den Wunsch ihrer Unschädlichmachung auch der Wunsch nach menschenwürdiger Behandlung.

Abg. Dr. Schanz (konf.): Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Staat die Verpflichtung zur Irrenfürsorge hat. Die Vorlage läßt die Rechtslage und damit sind wir zufrieden. Aber nicht nur der Staat wird wesentlich belastet, sondern auch die Gemeinden. Seit 1885 sind aber die Kosten, die für die Geisteskranken in den Landesanstalten gebraucht werden, wesentlich in die Höhe gegangen. Die Geisteskranken sind arme demütigende Menschen, denen geholfen werden muß.

Abg. Günther (fortschr. Sp.): Wir sind bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten. Der Entwurf stellt allerdings rechtliche Verpflichtungen auf, ohne sie rechtlich zu begründen. Nach dem Budgetrecht ist der Staat verpflichtet, die Geisteskranken aus allen Gemeinden zu unterstützen. Auf Grund welcher Bestimmung wird von den Gemeinden die Erbauung von Irrenanstalten verlangt? Seinerzeit ist nur die Frage der Beitragsleistung gestellt worden.

Abg. Wegner (Soz.): Auch wir sind bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten, gehört doch die vorliegende Materie zu den wichtigsten, die bringend einer Abgelung bedarf. Kein Dekret hat uns so angenehm überrascht als das vorliegende. Die Materie muß so geregelt werden, wie die Regierung vorschlägt. Der Entwurf erkennt die Verpflichtung des Staates klipp und klar an, für die Geisteskranken zu sorgen.

verbreiten zu wollen. Jedenfalls steht die nationalliberale Partei der Vorlage freundlich gegenüber. Die Frage, ob die Neuordnung der finanziellen Opfer weit ist, ist hinreichend beantwortet durch die Aufzählung der sechs größten Städte, die sich zur Aufbringung von 8 Millionen Mark bereit erklärt haben.

Abg. Dr. Koch (fortschr. Sp.) bezeichnet die Vorlage als einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete der humanitären Staatsaufgaben. Wünschenswert wäre es, daß die Entscheidung der Kreis-hauptmannschaft über Beschwerden hinsichtlich der Nichtaufnahme oder Wiederentlassung von Geisteskranken nicht endgültig ist, sondern daß hiergegen das Verwaltungsstreitverfahren zulässig sein muß.

Nochdem noch die Abgg. Hartmann (nat.-lib.), Schönfeld (konf.), Hegmann (konf.), Wiener (Ref.) und Dr. Schanz (konf.) gesprochen, bemerkt

Minister Graf Bittthum, daß die staatsrechtliche Frage, ob der Staat verpflichtet ist, für die Geisteskranken zu sorgen, keine entscheidende Bedeutung für die Verabschiedung des Gesetzesentwurfes haben könnte, da ja gerade diese Frage durch die Vorlage endgültig geregelt werden soll. Der Minister wendet sich dann gegen die Behauptung, daß der Staat gegenüber den größeren Gemeinden eine ungünstige Stellung eingenommen habe.

Nach weiterer belangloser Debatte wird der Gesetzesentwurf der Finanzkommission A zur weiteren Vorbereitung überwiesen. Darauf folgt die Interpellation der Abgg. Brodau, Koch und Schwager (frei. Sp.) betreffend die Festsetzung des Termins für die Reichstagswahl im 23. Wahlkreis (Pflauen).

Die Interpellation lautet:

Recht und billig die Königlich Staatsregierung die Gründe, die bestimmend gewesen sind, die Reichstagswahl für den 23. Wahlkreis (Pflauen) auf einen späteren Tag als die Stichwahlen für die übrigen sächsischen Wahlkreise anzuberäumen?

Minister des Innern Graf Bittthum erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Brodau (frei. Sp.): Die Interpellation bezweckt nicht, eine allgemeine Aussprache über die Reichstagswahlen herbeizuführen, noch nicht, an dem Geschehen bloß Kritik zu üben, sondern nur, die Maßnahmen zu besprechen, die zur Festsetzung des Stichwahltermins im 23. Wahlkreis geführt haben. Während in allen übrigen sächsischen Wahlkreisen am Sonnabend die Stichwahl stattfand, war sie für Pflauen erst auf den Montag anderräumt worden.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.

Abg. Dr. Mangler (konf.) wundert sich, daß gerade die Freisinnigen mit dieser Interpellation kommen, die doch sonst dafür eintraten, daß den unteren Verwaltungsbehörden möglichst viel Bewegungsfreiheit gewährt wird. Wenn den Freisinnigen aber einmal auf die Hühneraugen getreten werde, seien sie die ersten, die zum Knall liefen. Es habe absolut kein Anlaß zu irgendwelchen Vorwürfen gegen den Wahlkommissar vorgelegen; von einer erschwerenden Maßnahme könne keine Rede sein.

Abg. Endermann (Soz.): Der Abgeordnete Brodau hat der konservativen Partei sehr Unrecht getan; die Konservativen sind in Pflauen Mann für Mann für Herrn Günther eingetreten. Der konservative Vogtländische Anzeiger hat noch am ersten Stichwahltag bei Bekanntgabe der Wahlergebnisse aus Borna und Osdorf Extrablätter herausgegeben und der Aufforderung, um für Herrn Günther einzutreten! Treue um Treue. Die Sozialdemokratie ist als Siegerin aus dem Wahlkampf lediglich deshalb hervorgegangen, weil es ihr gelang, bedeutende Reserven mobil zu machen.

Minister des Innern Graf Bittthum: Die Regierung hat die Wahlkommissare noch vor der Hauptwahl angewiesen, etwa notwendig werdende engere Wahlen auf den Sonnabend, den 20. Januar, hinaufsetzen, jedoch mit der ausdrücklichen Einschränkung; wenn nicht besonders in lokalen Verhältnissen begründete Umstände einen anderen Tag für die Stichwahl als geeignet erscheinen lassen.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.) bemerkt, sich über die Nachfrage, ob die Irrenpflege Sache des Staates oder der Gemeinden ist, nicht

denn der Wahlkommissar hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den Wahltermin so zu bestimmen, daß allen Wahlberechtigten die Möglichkeit geboten ist, zu wählen. Die Ausführungen und Bemerkungen des Abgeordneten Brodau müssen als unbewiesbar zurückgewiesen werden. Mit einer Anregung beim Bundesrat auf künftige einheitliche Festlegung der Stichwahltermine dürfte die sächsische Regierung wenig Glück haben, weil eben auf die verschiedenartigen lokalen Verhältnisse Rücksicht genommen werden soll.

Abg. Müller (Soz.) beantragt, in die Besprechung der Interpellation einzutreten.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Müller (Soz.) hat die Auffassung, daß die Interpellation sicher unterblieben wäre, wenn der 23. Kreis in den Händen der Volkspartei geblieben wäre. Die Begründung derselben ließ deutlich den Kerger über den Durchfall des Herrn Günther erkennen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Forderung nach einer einheitlichen Festlegung der Stichwahltermine können wir aber nur unterstützen; der 23. Kreis ist im wesentlichen nicht anders geartet als die übrigen sächsischen Wahlkreise.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.

Abg. Dr. Köppl (nat.-lib.): Die Antwort des Wahlkommissars macht den Eindruck, daß er für sein Verhalten zu viel Gründe anführt, und im gewöhnlichen Leben nennt man das Ausreden. (Sehr richtig! links und in der Mitte.) Solche Gründe sind billig wie Bremsen, sind aber nicht überzeugend. Die Regierung hat es überhaupt nicht verstanden, den Anschein der Unerschicklichkeit sich abzuwägen. Das ablehnende Verhalten des Finanzministers am 18. Januar gegenüber den berechtigten Wünschen der Beamtenschaft ist es gewesen, der auch den Wahlkreis Dresden-Mittstadt in die Sozialdemokratie ausgeliefert hat.